Planfeststellungsverfahren für den Neubau und den Betrieb der 380-kV-Leitung Stade – Landesbergen, Abschnitt 4: Sottrum-Verden
hier: Anhörungsverfahren, Beteiligung Träger öffentlicher Belange (TöB)

Regionalplanerische Stellungnahme:

Aus regionalplanerischer Sicht bestehen Bedenken gegen das Ergebnis der Betrachtung kleinräumiger Varianten (Abschnitt 3.5.3.2 Erläuterungsbericht) sowie der den Planfeststellungsunterlagen beigelegten „Variantenuntersuchung Sottrum“.

Insgesamt wurden 5 Varianten im Raum Hassendorf/Wümmequerung vom Vorhabenträger näher geprüft. Dazu gehört auch die sogenannte „Hassendorfer Alternative“ (Variante 5). Diese verläuft östlich von Hassendorf bis südlich der Wümmeniederung als Erdkabel. Favorisiert wird jedoch die Variante 1, die als Freileitung Hassendorf weiträumig umgeht und die Wümme bei den Wochenendhäusern „Vor der Wümme“ quert. Ausschlaggebend sind laut Planunterlagen die technischen und wirtschaftlichen Belange. So betragen die Investitionskosten bei Variante 1 ca. 27 Mio. Euro, bei Variante 5 ca. 130 bis 138 Mio. Euro.

Aus meiner Sicht wurde die Variante 5 nicht ausreichend in die Abwägung einbezogen. Die Landschaft, die von der geplanten Stromleitung betroffen ist, ist in meinem RROP 2020 zu einem großen Anteil als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen (Jeermoor, Hassendorfer Weiden, Reithbachniederung). Durch die unterirdisch verlegte Hassendorfer Alternative und die Trassierung durch vorhandene Waldlichtungen könnten Betroffenheiten umfassend vermindert werden. Das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft „Jeermoor südwestlich Bötersen“ würde gar nicht beansprucht werden. Es ist jedoch nicht erkennbar, dass diese Grundsätze der Raumordnung gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG in der Abwägung berücksichtigt wurden.

Wasserwirtschaftliche und bodenschutzrechtliche Stellungnahme:

Zum obengenannten Planfeststellungsverfahren kann ein Einvernehmen erst nach Klärung der folgenden Sachverhalte erteilt werden:

1. In 01_AnI_01_Erläuterungsbericht wird für die 6 qualifizierten Gewässerkreuzungen eine Erlaubnis beantragt. Bei einer Gewässerkreuzung ist eine Erlaubnis nicht erforderlich, jedoch eine Genehmigung nach § 36 WHG i.V.m. § 57 NWG.
2. Es fehlt die Beantragung für die temporären Gewässerkreuzungen (Verrohrungen/Überfahrten) für die Gewässer II. Ordnung und III. Ordnung. Für die temporären Überfahrten/Verrohrungen ist ebenfalls eine Genehmigung nach § 36 WHG i.V.m. § 57 NWG notwendig.

Stellungnahme aus Sicht der Kreisarchäologie:

Wie in der Umweltstudie (Materialband) unter 2.16 „Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter“ dargestellt, wurden Bodendenkmale 2015 beim NLD abgefragt und kartiert. Da es regelmäßig Zuwächse gibt, sollte die mindestens sieben Jahre alte Datengrundlage dringend aktualisiert werden.

Auf Seite 376 der Umweltstudie (Materialband) wird dargestellt, dass 11 Kulturdenkmale weder der NDK noch der Fundstellenkartei zugeordnet werden konnten. Hier muss geprüft werden, ob die Zuordnung fehlerhaft ist oder noch nicht erfolgte. Zumindest müssen sie auch im weiteren Planungsprozess berücksichtigt und dargestellt werden.

Die Aussage unter 2.16.3, dass „eine (gesonderte) Bewertung“ nicht erforderlich ist, ist nicht nachvollziehbar. Sie ist vielmehr dringend geboten. Die Bodendenkmale müssen in Bezug auf die geplanten Maßnahmen bewertet und geeignete Konfliktminimierungen gefunden werden. Ebenso scheint die Kartierung der Bodendenkmale im Anhang 12-05 Karte 10 unzureichend, da dort nur wenige Flächen erfasst sind. Dies liegt vermutlich daran, dass die Daten vom NLD unbearbeitet übernommen wurden (worauf wohl auch Fehler in der Zeichensatzkodierung in Tabelle 112 zurückzuführen sind). Bodendenkmale sind in der Regel flächig mit unbekannter Ausdehnung, wurden aber oftmals nur als Punkt erfasst. Die Kartierung für die Maßnahme sollte aber als Fläche mit Puffer erfolgen. Zur besseren Planungssicherheit sollte der Vorhabenträger eine archäologische Potentialermittlung erstellen, die die Grundlage der denkmalrechtlichen Bewertung und eines Maßnahmenkatalogs bildet.

Bei der Kartierung der Konfliktanalyse wurde das „Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter“ nicht dargestellt, hier ist aber mit Konflikt zu rechnen (s.o.).

In der Anlage 12 (Umweltstudie mit UVP-Bericht) fehlt auf S. 80 unter Punkt 4.4.1 eine Aussage darüber, ob die Baustellenflächen ebenfalls – wie die Baustraßen – in provisorischer Bauweise errichtet werden sollen. Falls hier der Oberboden entfernt werden sollte, muss auch an diesen Stellen ggf. der Bodenabtrag unter archäologischer Beobachtung erfolgen.

Gefährdete Bodendenkmale müssen auf Kosten des Veranlassers fachgerecht ausgegraben werden (§6 Abs. 3 NDSchG). Diese Ausgrabungen haben im Vorfeld der Baumaßnahmen durch eine archäologische Fachfirma zu geschehen. Weiterhin sind baubegleitende archäologische Untersuchungen in Verdachts- oder Potentialflächen durch den Veranlasser notwendig.

Es ist abgesehen von den verzeichneten Bodendenkmalen mit einer nicht sicher zu benennenden Anzahl von noch nicht entdeckten archäologischen Fundstellen zu rechnen, bei denen es sich ebenso um Bodendenkmale handelt. Diese sind baubegleitend durch eine vom Veranlasser zu beauftragende archäologische Fachfirma zu untersuchen.

Wie bei landkreisübergreifenden Planungen üblich, sollten die archäologischen Maßnahmen nach den in linearen archäologischen Großprojekten bewährten Methoden erfolgen. Das bedeutet, dass ein Koordinationsteam beim Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit der Kommunalarchäologie die archäologischen Maßnahmen (Prospektionen und Ausgrabungen) organisieren sollte, die dann durch Fachfirmen auf Kosten des Verursachers (§6 Abs. 3 NDSchG)

durchgeführt werden. Weiterhin sollte das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege (Regionalreferat Lüneburg) bei der Planung bzw. Antragsverfahren in Kenntnis gesetzt werden.

Stellungnahme aus naturschutzfachlicher und waldrechtlicher Sicht:

Diese Stellungnahme bezieht sich auf die Antragsunterlagen wie vorgelegt (Vorzugsvariante). Eine detaillierte naturschutzfachliche Betrachtung der sonstigen Varianten Hassendorf/Wümmequerung war zum einen zeitbedingt nicht möglich (426 Seiten UVS/LBP + 305 Seiten Artenschutzfachbeitrag + 159 Seiten FFH-Prüfung + 58 Seiten Forstgutachten + 54 Seiten Befreiungsantrag + 218 Seiten Erläuterungsbericht + 177 Seiten Variantenvergleich waren zu prüfen), zum anderen auch weil es keine Daten zur FFH-Verträglichkeit anderer Querungspunkte des Naturschutzgebiets Wümmeniederung in den Unterlagen gibt.

Ganz allgemein ist eine Lösung mit Erdkabel aus naturschutzfachlicher Sicht natürlich nicht auszuschließen. Variante 5, aber auch Var. 3 und in geringerem Umfang Var. 4 hätten durchaus naturschutzfachliche Vorteile. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch diese Bauart erhebliche Beeinträchtigungen mit sich bringen wird und nicht von vornherein umweltverträglicher ist. Diese Beeinträchtigungen werden voraussichtlich nur anderer Art sein, u.a. weniger dauerhafte Eingriffe in das Landschaftsbild, aber mehr Eingriffe in den Boden bei offener Kabel-Verlegung (plus Tunnelbauwerk) bzw. statt Masten andere technische oberirdische Bauwerke wie Konverterstationen. Für die Wümmeniederung (und bei geschlossener Querung auch für die nördlichen Waldbereiche) würde allerdings im Punkt Landschaftsbild ein ganz erheblicher Vorteil entstehen. Fraglich wäre, wie bei Erdverkabelung die Maßgabe aus der Landesplanerischen Festsetzung umgesetzt werden könnte, die spätere Umverlegung der bisherigen 380kV-Leitung Dollern-Landesbergen mit zu bedenken. Dies wäre m.E. insb. bei dem Tunnelbauwerk unter der Wümme ein wichtiger Punkt zur Vermeidung (kann das Tunnelbauwerk gleich so gebaut werden, dass es „Leerrohre“ mit aufnimmt und wo wäre dann der günstigste Querungspunkt?).

Bedingung für eine Variante mit Erdverkabelung wäre aus naturschutzrechtlicher Sicht, dass die Wümmeniederung (NATURA2000-Gebiet, Naturschutzgebiet Wümme) komplett geschlossen/grabenlos gequert würde. Nötige technische Voraussetzungen wie Tunnel mit Start- und Zielgruben inkl. Bauwasserhaltung sowie die dafür nötigen Baustelleneinrichtungsflächen könnten theoretisch baubedingte Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets auslösen; ob diese stärker oder dauerhafter als bei der Vorzugsvariante sein würden, kann ohne Daten von hier nicht beurteilt werden (insb. fehlen Erfahrungen mit Tunnelbauwerken). In der FFH-VP der Unterlagen wurde nur die Vorzugsvariante Freileitung geprüft.

Waldrechtliche Stellungnahme

Aus Sicht der Waldbehörde ist das Forstgutachten fachlich nachvollziehbar. Es bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken, da eine Waldumwandlung der betroffenen Bestände dem erheblichen öffentlichen Interesse entspricht und somit die Grundvoraussetzung gegeben ist.

Die Ergebnisse aus dem forstfachlichen Gutachten der Sweco GmbH bezüglich der Berechnung des Kompensationsbedarfs aufgrund von Waldumwandlungen durch das im Betreff genannte Vorhaben

sind nicht ganz nachzuvollziehen. Es ist zu kritisieren, dass die Erholungsfunktion, die wie im Gutachten selbst angeführt gleichrangig neben der Nutz- und Schutzfunktion in den Kompensationsfaktor einfließen soll, grundsätzlich mit dem Faktor 2 (durchschnittlich) bewertet wurde.

Im Landkreis Rotenburg (Wümme) verlaufen die sogenannten „Nordpfade“. Dies ist ein Wegenetz, welches vom Touristikverband Landkreis Rotenburg (Wümme) e.V. regelmäßig gepflegt und beschildert wird. Ihnen kommt im Landkreis Rotenburg (Wümme) aufgrund ihrer Beliebtheit und Frequentierung große Bedeutung zu. Mindestens einer dieser Wege verläuft entlang der Wümme durch den Wald, wird von dem Vorhaben gequert und somit erheblich beeinträchtigt. Er ermöglicht auch die Sicht auf das Naturschutzgebiet „Wümmeniederung“. Auch weist das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Rotenburg (Wümme) hier ein Vorbehaltsgebiet für Erholung aus.

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) gehört zu den Landkreisen in Niedersachsen mit den geringsten Waldanteilen. Besonders hier kommt der Erholungsfunktion eine besondere Bedeutung zu. Die Einstufung des Erholungsfaktors ist nach Meinung der Waldbehörde nicht ausreichend abgearbeitet worden und führt somit dazu, dass der Faktor zu gering ausfällt.

Zu bemängeln ist ebenfalls, dass in den Tabellen Flurstücksangaben fehlen, was die Prüfung unnötig erschwert.

Zudem geht aus dem Gutachten nicht hervor, wer den Kompensationsfaktor festgelegt hat. Dazu sind nach NWaldLG lediglich die Waldbehörden befugt.

Stellungnahme zur FFH-Verträglichkeitsstudie

Eine Stellungnahme kann nur unter der Prämisse abgegeben werden, dass die berechneten Absenktrichter der Bauwasserhaltung korrekt berechnet wurden und sich in der Bauausführung nicht mehr ausweiten. Sollten sich Absenktrichter, über die jetzige Planung hinaus, in Bereiche mit FFH-Lebensraumtypen bzw. Lebensräumen von maßgeblichen Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie ausdehnen, wäre somit eine erneute Prüfung der Verträglichkeit mit dem entsprechenden FFH-Gebiet erforderlich. Die folgenden Aussagen gelten daher nur für den Fall, dass die Bauwasserhaltung inklusive der berechneten Absenktrichter nicht ausgeweitet wird.

Die für die Planfeststellung des o. g. Vorhabens erforderliche FFH-Verträglichkeitsstudie, erstellt von der SWEKO GmbH und der Planungsgemeinschaft LaReG GbR (01.07.2022), liegt vor und wurde geprüft. Betroffen ist das FFH-Gebiet Nr. 38 "Wümmeniederung".

In der FFH-Verträglichkeitsstudie wird der bereits seit Anfang 2020 vorliegende Managementplan nicht berücksichtigt (siehe Kapitel 3.1.3). Die im Zuge der Aufstellung des Managementplans erstellte Aktualisierungskartierung diente allerdings als Grundlage für die Verträglichkeitsstudie, weshalb nur die geplante Entwicklung des LRT 6430 „Feuchte Hochstaudenfluren“ auf einer Fläche zwischen den Neubaumasten 2019 und 2020 nicht einbezogen wurde. Da die Fläche weder im Absenkungsbereich einer bauzeitlichen Wasserhaltung liegt noch durch bauzeitliche Arbeitsflächen betroffen ist, ist eine erhebliche Betroffenheit auszuschließen und bedarf keiner weitergehenden Prüfung. Aus diesem Grund wird auf die Forderung einer Ergänzung der Unterlagen verzichtet.

Gemäß der im Zuge der Managementplanung aufgestellten Kartierung des LRT 6510 am Neubaumast 2019 handelt es sich bei den vom Absenkrichter betroffenen Biotoptypen um GEA, GMS und GNR. Da der Biotoptyp GEA eine mittlere Empfindlichkeit und der Biotoptyp GNR eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Wasserstandsabsenkung aufweisen, ist das geförderte Wasser nach Aufbereitung auf den Flächen ganz oder teilweise zu verrieseln.

Die Prüfung ist ansonsten vollständig und nachvollziehbar. Die festgelegten Vermeidungsmaßnahmen sind geeignet, eine mögliche erhebliche Beeinträchtigung für die entsprechenden FFH-LRT und Arten auszuschließen.

Folgende Auflagen bitte ich, in die Planfeststellung zu übernehmen bzw. in den Antragsunterlagen zu ergänzen:

1. Unter der Maßgabe der Maßnahmenblätter und des Maßnahmenplans der im LBP aufgeführten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen V 2, V 8, V 10, V 13 sowie der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen A 1 und unter den unten angeführten Bedingungen und Auflagen erteile ich meine Zustimmung zu den in Anlage 17 beantragten Befreiungen und Ausnahmen von den Verboten für das Naturschutzgebiet „Wümmeniederung“ sowie der noch nicht gelöschten Restflächen des alten Landschaftsschutzgebietes „Wümmeniederung“ (nur Leitungs-Rückbau), für eine Wallhecke und ein nach §30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop (520m² Biotoptyp GEA) für temporäre, baubedingte bzw. im Fall der Wallhecke für betriebsbedingte Beeinträchtigungen (Wuchshöhenbeschränkung).

Wo die in Tab. 2 mit „Ersatz“ gekennzeichneten Anteile von zwei weiteren gesetzlich geschützten Biotopen (100m² BNG, 7.965m² GNA) konkret ersetzt werden, lässt sich für mich den Antragsunterlagen nicht entnehmen. Beide Biotoptypen werden in den Maßnahmenblättern nicht als Zielbiotope aufgeführt. **Diesbezügliche Angaben benötige ich noch, um die benötigte Befreiung prüfen zu können.** Auch Befreiungen können mit Nebenbestimmungen in Form einer Ersatzmaßnahme versehen werden. Insbesondere bei dem nicht unerheblichen Verlust von Nassgrünland (7.965m² GNA) halte ich das für erforderlich. Ob ein entspr. Ersatz z.B. mit der Maßnahme A4 erreicht werden könnte, wäre näher zu erläutern.

- a) Die Wiederherrichtung in den geschützten Teilen von Natur und Landschaft ist mit der Naturschutzbehörde einvernehmlich abzustimmen.
- b) Die ökologische Baubegleitung hat die Naturschutzbehörde über die Bauarbeiten in den geschützten Teilen von Natur und Landschaft regelmäßig schriftlich zu unterrichten.
- c) Die Masthöhen sind gemäß Antragsunterlagen so zu wählen, dass keine Wuchshöhenbeschränkungen von unter 35 m in dem FFH-Lebensraumtyp 9190 bzw. von unter 25 m in dem FFH-Lebensraumtyp 91E0 bestehen (Maßnahmenblatt V 10).
- d) Die Art und Weise, wie die Leiterseile zwischen Mast 2019 und 2020 (Naturschutzgebiet) eingebracht werden, ist mit der Naturschutzbehörde abzustimmen (z.B. welche Fahrzeuge bei Seilzug, Betretenserlaubnis für das Naturschutzgebiet erforderlich). Sowohl die FFH-Prüfung als auch die Anlage 17 lassen diese Frage offen. Aufgrund des FFH-Lebensraumtyps in der Mitte der Strecke und des trennenden, breiten Wümme-Flusslaufs, erscheint aus

naturschutzfachlicher Sicht ein Hubschrauber-Einsatz am umweltverträglichsten. Dasselbe gilt für den Rückbau der Leiterseile bei Fährhof.

- e) Zur Vermeidung von bauzeitlichen Beeinträchtigungen der FFH-Lebensraumtypen 9190 und 6510 (abweichend von den Antragsunterlagen) am Neubaumast 2019 durch Grundwasserabsenkungen infolge der Bauwasserhaltung ist gemäß Antragsunterlagen das geförderte Wasser nach Aufbereitung ganz oder teilweise in den betroffenen Lebensraumtypflächen zu verrieseln (Maßnahmenblatt V 13 und V 2).
 - f) Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Lebensraums der Anhang II-Arten Groppe, Steinbeißer, Flussneunauge, Bachneunauge, Meerneunauge und Schlammpeitzger sowie der Grünen Keiljungfer ist das Bauhaltungswasser vor Einleitung in den Vorfluter gemäß Vermeidungsmaßnahme V 2 der Antragsunterlagen aufzubereiten.
 - g) Zur Vermeidung von bauzeitlichen Beeinträchtigungen der Anhang II-Arten Fischotter und Biber ist die Vermeidungsmaßnahme V 8 vorzunehmen.
 - h) Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des FFH-Lebensraumtyps 6510 sind Maßnahmen gemäß Maßnahmenblatt V 8 (Bodenplatten) und Maßnahmenblatt V 11 (Bau der Zuwegung und Kurzhalten der Vegetation vor Brutzeit der Schafstelze) vorzunehmen.
 - i) Zur Vermeidung von Verlusten von Höhlenbäumen mit Quartiereignung für Teichfledermaus und Bechsteinfledermaus sind die Maßnahmen gemäß Maßnahmenblatt V 10 einzuhalten.
2. Die Vermeidungsmaßnahmen V 1 bis V 12 (inklusive der artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen) sind fachgerecht entsprechend der Maßnahmenblätter und der Karte 12 unter der Hinzuziehung einer ökologischen Baubegleitung durchzuführen. Abweichend vom Maßnahmenblatt V 9 ist das Anbringen von Höhlen und Rissen im Stamm älterer Bäume nicht zulässig, da dies die Gesundheit der Bäume unnötig beeinträchtigt. Der Naturschutzbehörde sind die Kontaktdaten der mit der ökologischen Baubegleitung beauftragten Person vor Baubeginn mitzuteilen und es ist ihr nach Ende der Bauarbeiten eine Kopie des Berichts der Baubegleitung schriftlich zur Verfügung zu stellen.
3. Die Ausgleichsmaßnahmen A 1 bis A 5 sowie die Ersatzmaßnahmen E 1-E 12, E 16 sowie das Ökologische Trassenmanagement (ÖTM) E 20.1-E 20.2 sind fachgerecht entsprechend der Maßnahmenblätter und der Darstellungen in Karte 12 bis 14 herzustellen, dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Für die Aufforstungen ist mit der Naturschutz- und Waldbehörde einvernehmlich ein forstfachliches Konzept abzustimmen, sofern noch nicht durch Erstaufforstungsgenehmigung geschehen (s. Maßnahmenblätter). Eine Ausführungsplanung für die ÖTM-Maßnahmen ist mit der Naturschutzbehörde abzustimmen.
4. Für die Maßnahmen A 1, A 5, E 2, E 7, E 8, E 9, E 12 sowie E 20.1-E 20.2 sind nur standortgerechte, heimische und regionaltypische Laubgehölze zulässig. Die Pflanzmaßnahmen von trassenfernen Maßnahmen sind in der ersten Pflanzperiode (Nov.-April) nach Baubeginn, von Maßnahmen in der Trasse spätestens in der auf die Inbetriebnahme der 380kV-Leitung folgenden Pflanzperiode fertig zu stellen. Die Sicherung hat mit rehwild- und kaninchensicherem Wildschutzzaun – Knotengittergeflecht 160cm hoch – zu erfolgen, der nach frühestens 5 und spätestens 8 Jahren abzubauen und ordnungsgemäß zu entsorgen ist. Ausfälle über 10% sind zu

ersetzen. Bei Ersatzmaßnahmen, die Wald i.S. des NWaldLG darstellen, ist der Unterhaltungszeitraum i.S. §15 Abs. 4 BNatSchG unbegrenzt.

5. Für Ersatzmaßnahmen auf Privateigentum innerhalb des Landkreises Rotenburg ist i.S. §15 Abs. 4 BNatSchG eine öffentlich-rechtliche Sicherung durch Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit an erster Stelle (und keiner geringeren, da sonst nicht konkurssicher) im Grundbuch zugunsten des Landkreises Rotenburg (Wümme) oder des Landes Niedersachsen einzutragen. Ich weise darauf hin, dass bei sogenannten „Ökokonten“ gesetzlich weiterhin der Eingriffsverursacher oder dessen Rechtsnachfolger verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bleibt. Die Verantwortung kann nicht auf den Betreiber eines Ökokontos verschoben werden.
6. In den Maßnahmenblättern vermisse ich Angaben über den Durchführenden (insb. bei „Ökokonten“, also Dritte), die rechtliche Sicherung der Fläche und die Dauer der Unterhaltung i.S. §15 Abs. 4 BNatSchG.
7. Bezüglich der berechneten „negativen“ Ersatzzahlung weise ich darauf hin, dass der Rückbau der 220kV-Leitung im Landkreis Rotenburg nicht zu wesentlichen Verbesserungen des Landschaftsbildes führt, weil **zwei** weitere Freileitungen an Ort und Stelle verbleiben (380kV und 110kV), die die bisherige 220kV-Leitung in der Mitte einschließen (so dass beim Rückbau fast kein landschaftlicher Effekt nach außen auftritt), und gleichzeitig durch die in einem Abstand von einem Kilometer abgesetzte Neutrassierung (ohne Bündelung) mit ca. 10 Kilometer Länge eine erhebliche Beeinträchtigung in teilweise sehr hochwertigen Landschaftsbildeinheiten, insb. in der Wümmeniederung, entsteht. Das Ergebnis für den Landkreis Rotenburg erscheint mir daher absolut nicht verständlich und sachgerecht, insb. wenn ich den Fall mit den Planfeststellungs-Abschnitten 2 und 3 vergleiche, in denen ja auch in Bündelung gebaut und in kleinen Abschnitten neu trassiert wurde, und trotzdem eine (positive) Ersatzzahlung errechnet wurde. Dieser konkrete Fall erscheint auch nicht einem der Beispielfälle in Kap. 3.3 des Materialbands zu entsprechen; am nächsten kommt noch Abb. 125; selbst hier wären aber 75% Ersatzzahlung des Richtwerts anzusetzen!

Da nach §7 Abs. 4 NNatG die Ersatzzahlung der Naturschutzbehörde zu, in deren Zuständigkeitsbereich der Eingriff vorgenommen wird, ist auch die Berechnung in Bezug auf den Zuständigkeitsbereich vorzunehmen. Dies scheint hier nicht geschehen zu sein. Leider ist die Berechnung konkret in den Unterlagen nicht nachzuvollziehen. Ich bitte um die Rohdaten, um die Berechnung in Bezug auf den Landkreis Rotenburg selbst prüfen zu können.

(Außerdem weise ich bzgl. S. 309 der Umweltstudie darauf hin, dass nach Rechtsprechung des Nds. OVG eine spätere Nachkalkulation der Investitionskosten und damit der Ersatzzahlung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, s. OVG Lüneburg, Az. 4 LC 197/15, vom 10.01.2017).

8. Laut Fußnote 16 der Umweltstudie könnte eine dauerhafte Befestigung aufgrund von schwerem Wegeausbau verbleiben. Ich weise darauf hin, dass für so einen Fall nicht nur eine Nachbilanzierung des Kompensationsumfangs erforderlich wäre, sondern zunächst einmal geprüft werden müsste, ob ein dauerhafter Wegeausbau überhaupt genehmigungsfähig wäre. Wegeausbauten können über eine Versiegelung hinaus erhebliche Beeinträchtigungen durch Verlagerung von Verkehren (Entstehung eines „Schleichwegs“) und Erschließung bisher ruhiger Bereiche von Natur und Landschaft verursachen, so dass neben Beunruhigung der Tierwelt und

des Landschaftserlebens auch eine landwirtschaftliche Intensivierung von bisher schlecht nutzbaren Flächen eintritt.